

## Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen.

Die neue Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges bildet den 6. Nachtrag zu dem ersten, vor nunmehr gerade Jahresfrist veröffentlichten Weißbuche über den gleichen Gegenstand.

Der Darstellung der Nahrungsmittelversorgung ist ein einleitender Ueberblick vorangeschickt, der die Hauptaufgaben der Nahrungsmittelpolitik und die Maßnahmen zu ihrer Lösung in den letzten drei Monaten in knapper Zusammenfassung behandelt. Ihm folgt die Darlegung der einzelnen Maßnahmen in vier Hauptabschnitten: Der erste behandelt allgemeine Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung und zur Preisregelung, die drei folgenden die einzelnen Hauptgebiete der Ernährungsfragen, nämlich menschliche Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs, menschliche Lebensmittel tierischen Ursprungs, und endlich Futtermittel.

Die Denkschrift führt aus, daß mit wachsender Genugtuung darauf hingewiesen werden kann und muß, daß auch nach den Ergebnissen der letzten Monate in Deutschland von einer Nahrungsmittelnot, d. h. von einer wirklich bedrohlichen Knappheit an Lebensmitteln auf keinem Gebiete der Volksernährung die Rede sein kann. Der Aushungerungsplan unserer Gegner hat — sehr gegen den Willen seiner Urheber — den Anstoß zu einer stetig verbesserten Organisation aller Zweige unserer Volkswirtschaft, sowohl der Erzeugung, als der Verteilung und vor allem auch des Verbrauchs der Güter, namentlich der Nahrungsmittel, gegeben. Schon heute läßt sich mit Deutlichkeit erkennen, daß damit nicht nur das Durchhalten während der Kriegszeit gesichert ist, sondern daß über diese hinaus wirtschaftliche und technische Neuschöpfungen erzielt worden sind, die dauernd der deutschen Volkswirtschaft zugute kommen werden. Unter dem Zwange der von den Gegnern versuchten Einschließung haben die hochentwickelte deutsche Wissenschaft und Technik auch auf dem Nahrungsmittelgebiete gerade in denjenigen Zweigen, in denen am ehesten ein Mangel zu befürchten war, rechtzeitig wirksame Ersatzmittel entdeckt und erfunden. Es sind für manches früher vernachlässigte Naturprodukt Werte nachgewiesen, die zu einer dauernden Bereicherung der deutschen Volkswirtschaft führen werden, was durch praktische Beispiele im folgenden mehrfach zu belegen sein wird.

Hat durch alles dies die eigene angestrenzte und systematische Arbeit des deutschen Volkes eine erhöhte Erzeugung von Nährwerten erzielt, so findet sie in jüngster Zeit, im engsten Zusammenhange mit der immer günstigeren politisch-militärischen Entwicklung eine Erleichterung und Unterstützung durch vermehrte Zufuhren aus dem Auslande.

Somit hat die kriegswirtschaftliche Lage Deutschlands — entgegen den im feindlichen Auslande geflüstert verbreiteten Behauptungen — nicht mit einer Unzulänglichkeit der notwendigen Nahrungsmittel zu rechnen. Vielmehr mußte das Grundproblem der Nahrungsmittelpolitik in anderen Schwierigkeiten gesehen werden, die in den letzten Monaten in steigendem Maße in die Erscheinung traten und in erster Linie Fragen der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wünschenswerten und gerechten Verteilung der Lebensmittel auf die verschiedenen Volksschichten und die im engsten Zusammenhange damit die Regelung einer angemessenen Preisgestaltung betrafen.

Es konnte nicht verkannt werden, daß die Preissteigerung, die in den Herbstmonaten in verschärfter Weise sich bemerkbar machte, vielfach über das Maß dessen hinausgegangen ist, was als natürliche und unvermeidliche Folgeerscheinung unserer Wirtschaftslage im Kriege hinzunehmen ist. Dabei ergriff diese Verteuerung zum Teil gerade die notwendigsten Nahrungsmittel, deren die minderbemittelten Volksschichten für ihre Lebenshaltung am stärksten bedürfen, und die Preise dieser Erzeugnisse stiegen zeitweise so, daß für weite Volksschichten eine ausreichende Ernährung beeinträchtigt zu werden drohte, und dies, wie nochmals betont sei, nicht

wegen eines wirklichen Mangels an Borräten, sondern wegen der Höhe der Preise.

In der klaren Erkenntnis dieser Sachlage galten die Bemühungen der verbündeten Regierungen in den letzten Monaten vor allem dem Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung, soweit dieser nur irgend durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung geführt werden kann.